

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat von dem Antrag der Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Bonner Regierung aufzufordern, den Regierungen der vier Großmächte in aller Form und Deutlichkeit zu erklären, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit mit friedlichen Mitteln die vordringlichste politische Forderung des ganzen deutschen Volkes sei und daß die Bundesregierung in Bonn die genannten vier Mächte gemäß den Beschlüssen des Bundestages auf for dem soll, durch eine Verständigung unter diesen die Voraussetzungen für freie Wahlen in ganz Deutschland zu schaffen, Kenntnis genommen.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands macht aus vorstehenden Erwägungen dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Vorschlag, gemeinsam gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, für einen Friedensvertrag mit Deutschland und für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu einer Nationalversammlung aufzutreten. Wir halten es für dringend notwendig, angesichts der Sammlung der reaktionären Kräfte eine Verständigung zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herbeizuführen und alle Kräfte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie der Gewerkschaften auf die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu konzentrieren.

Wir schlagen daher vor, daß das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch bevollmächtigte Vertreter in Verhandlungen darüber eintreten, wie in dieser ersten Stunde gemeinsam zu handeln ist, welchen Platz und welche Rolle das arbeitende Volk in einem vereinten Deutschland einnehmen soll und was zu tun möglich ist, um eine maximale Stärkung der Kräfte der Demokratie und des Friedens in Deutschland zu erreichen, wobei die gemeinsame Aktion gegen den gemeinsamen Feind über allem anderen stehen muß.

Wir sind davon überzeugt, daß eine solche Beratung zwischen beiden Parteiführungen zur Förderung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Interesse des gesamten deutschen Volkes und der Erringung der Einheit Deutschlands in Frieden, Freiheit und Wohlstand liegt.

Wir schlagen vor, daß eine Verständigung über Ort und Zeit der